

## Volle Solidarität mit Israel – Antisemitismus entschlossen bekämpfen

Die Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen stehen in voller Solidarität an der Seite Israels. Wir verurteilen den barbarischen Überfall der radikal-islamischen Terrororganisation Hamas auf Israel auf das Schärfste. Seit dem Ende der Shoah wurden an einem Tag nicht so viele Jüdinnen und Juden ermordet wie am 7. Oktober. Unmissverständlich machen wir deutlich: Die Sicherheit Israels und die Existenz des jüdischen Staates Israel sind für uns Teil der deutschen Staatsräson und damit nicht verhandelbar.

Dass sich Jüdinnen und Juden im Jahr 2023 auf deutschen Straßen nicht mehr sicher fühlen können, dass antisemitische Parolen gebrüllt, Synagogen und jüdische Geschäfte angegriffen und Israelhass verbreitet werden, ist beschämend und schlicht unerträglich. Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist es unsere Pflicht, antisemitische Verbrechen und Hetze mit allen rechtsstaatlichen und gesellschaftlichen Mitteln zu verfolgen. Die Sicherheitsbehörden müssen ihre rechtlichen Möglichkeiten voll ausschöpfen und Personalien bei entsprechenden Demonstrationen zu Ermittlungszwecken konsequent erfassen. Die Verbote von Samidoun und Hamas sind wichtige erste Schritte, weitere müssen folgen. So muss es entsprechende Verbote für alle Institutionen in Deutschland, die gegen Jüdinnen und Juden oder Israel hetzen, geben.

Es ist Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten, Antisemitismus immer und überall zu bekämpfen. Hier müssen wir neu denken und nicht nur bisherige Maßnahmen stärken, sondern auch neue Wege gehen. Wir müssen deutlich machen, dass es auch nach 1945 immer Antisemitismus in Deutschland gab und auch weiterhin gibt, sei es bei der politischen Rechten, der politischen Linken oder in migrantischen Milieus. Dies klar zu benennen, ist die Grundlage dafür, Antisemitismus wirksam bekämpfen zu können. Zudem äußern sich Antisemitismus und Antiisraelismus oft unbewusst. Hier kommt uns wie auch allen Medien in der öffentlichen Debatte eine besondere Verantwortung zu. Denn Terror lässt sich nicht relativieren, nicht begründen und schon gar nicht rechtfertigen.

Der Nahostkonflikt spielt sich mittlerweile auch auf unseren Schulhöfen und in den Klassenzimmern ab. Der Kampf gegen Antisemitismus muss daher bereits in den Schulen beginnen. Niemand darf eine deutsche Schule verlassen, ohne umfassend über Israels Geschichte, den Nahostkonflikt sowie die unmenschlichen Verbrechen des Nationalsozialismus informiert zu sein. Der verpflichtende Besuch einer NS-Gedenkstätte für jede Schülerin und jeden Schüler muss dafür ein Baustein sein.

Die Fehler in der Migrationspolitik, die sich auch in Form von eingewandertem Antisemitismus zeigen, müssen wir dringend abstellen. Die von der FDP vorangetriebene Reform des Staatsangehörigkeitsrechts schafft hier einen klaren Rahmen. Für uns Freie Demokraten steht fest: Niemand darf deutscher Staatsbürger werden, der antisemitisches Gedankengut teilt oder das Existenzrecht des jüdischen Staates infrage stellt. Und wer die Werteordnung des Grundgesetzes nicht teilt und keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, hat in Deutschland keine Perspektive.

Jüdisches Leben gehört seit über 1700 Jahren zu Deutschland. Es prägt und bereichert unser Land. Nach den grausamen Verbrechen der Shoah ist das ein historisches Glück. Daher gilt heute umso mehr: Nie wieder ist jetzt.